

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 07.10.2021,
im Kreishaus Borken, Großer Sitzungssaal (Raum 2180)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Dr. Kai Zwicker Landrat

Mitglieder:

Maja Becker	Borken
Reinhard Böcker	Ahaus
Guido Böckers	Velen
Michael Boland	Bocholt
Robert Brandt	Gronau
Annette Brun	Heiden
Barbara Büscher	Stadtlohn
Angelika Dannenbaum	Ahaus
Annette Demes	Ahaus
Katharina Detert	Gronau
Brigitte Ebbing	Borken
Heinz-Josef Elpers	Ahaus
Jürgen Fellerhoff	Borken
Sven Gabbe	Gronau
Dr. med. Sarah Gößling	Raesfeld
Ulrich Günhen	Isselburg
Frank Hadder	Borken
Otger Harks	Stadtlohn
Volker Jürgen Himmel	Gronau
Daniel Höschler	Bocholt
Michael Hösing	Bocholt
Markus Jasper	Heek
Claudia Jung	Borken
Daniela Kersting	Legden
Anne König	Borken
Ludger Konrad	Stadtlohn
Markus Krafczyk	Bocholt

ab TOP 9 (abwesend bei der
Abstimmung); TOP 11 abwe-
send

Marc Kublun	Gescher
Sandra Lentfort	Vreden
Daniel Leuders	Vreden
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld
André Ludwig	Bocholt

Gerhard Ludwig	Borken	
Johannes Maus	Velen	
Helmut Möllenkotte	Schöppingen	
Dominique Niemeyer	Borken	
Ulrike Nitsch	Vreden	
Heiko Nordholt	Gronau	ab TOP 8
Thomas Nünning	Vreden	
Stephanie Pohl	Gescher	
Elena Raupach	Südlohn	
Dr. Heinrich Render	Ahaus	
Theo Sanders	Bocholt	
Roland Sauret	Rhede	
Maximilian Schmeisser	Bocholt	
Kevin Schneider	Isselburg	
Markus Schulte	Gronau	
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	
Silke Sommers	Bocholt	
Jens Steiner	Heek	
Christian Stevens	Bocholt	
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Gerti Tanjsek	Bocholt	
Vera Timotijević	Bocholt	
Jörg von Borczyskowski	Gronau	
Christel Wegmann	Rhede	
Alfred Wellers	Vreden	
Heike Wissing	Vreden	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster	Kreisdirektor	
Dr. Elisabeth Schwenzow	Verwaltungsvorstandsmitglied	
Hubert Grothues	Ltd. Kreisbaudirektor	ab TOP 9
Wilfried Kersting	Kreiskämmerer	
Michael Weitzell		
Karlheinz Gördes		
Markus Prangenberg		
Irmgard Paßerschroer		
Kerstin Benning		
Katharina Geuking		

Es fehlen entschuldigt:

Dietmar Eisele	Ahaus
Heinrich Rülfig	Rhede

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Dr. Zwicker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert er Frau Heselhaus und Frau König zum Einzug in den Deutschen Bundestag. Zudem gratuliert er Frau Kersting zum Geburtstag.

Sodann verabschiedet Landrat Dr. Zwicker Frau Heselhaus als Kreistagsmitglied und bedankt sich bei ihr für das Engagement im Kreistag und in dessen Gremien. Frau Heselhaus habe am 04.10.2021 ihr Kreistagsmandat niedergelegt. Frau Niemeyer habe als ihre Nachfolgerin das Kreistagsmandat am 04.10.2021 angenommen.

Landrat Dr. Zwicker führt Frau Niemeyer nach § 46 III KrO NRW ein und verpflichtet sie in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Landrat Dr. Zwicker stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist. Er weist auf die nachgereichten Unterlagen hin.

Er schlägt vor, aus gegebenem Anlass einen neuen Punkt 24 „Informationen zur geplanten Neustrukturierung der stationären Versorgung im Klinikum Westmünsterland“ auf die Tagesordnung des Kreistags zu nehmen. Gegen die Erweiterung der Tagesordnung im öffentlichen Teil der Sitzung erhebt sich kein Widerspruch. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich gegenüber der Einladung zur Sitzung jeweils in ihrer Nummerierung.

Weitere Änderungen oder Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 24.06.2021

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 24.06.2021 wird genehmigt.

Punkt 3: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung - Gesellschafterwechsel bei der InnoCent Bocholt GmbH Vorlage: 0323/2021/KREIS

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Beschluss: einstimmig

Die vom Kreisausschuss am 30.09.2021 gefasste Dringlichkeitsentscheidung über die Nichtinanspruchnahme des gesellschaftsvertraglich zugesicherten Ankaufsrecht des abtretungswilligen Gesellschafters Verfahrenstechnik Hübers GmbH und der Zustimmung zur Abtretung des Geschäftsanteils der Verfahrenstechnik Hübers GmbH im Nennwert von 90.000 EUR an die Hübers Verfahrenstechnik Maschinenbau GmbH wird genehmigt.

Punkt 4: Sachstand Corona-Krisenmanagement des Kreises Borken
Vorlage: 0273/2021/KREIS

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster
Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Ergänzend zur Vorlage erläutert Landrat Dr. Zwicker den aktuellen Corona-Sachstand. Der Kreis habe inzwischen eine „Koordinierende Covid-Impfereinheit“ (KoCI) eingerichtet, die bereits ihre Arbeit aufgenommen habe. Er verweist zudem auf die wöchentlich jeweils am Donnerstag erscheinende Pressemitteilung zur Analyse der Corona-Situation im Kreis Borken.

Der Sachstand zum Corona-Krisenmanagement des Kreises Borken wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5: Anpassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Abfallentsorgungsanlagen
Vorlage: 0321/2021/KREIS

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag beschließt die im Entwurf beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Abfallentsorgungsanlagen für den Kalkulationszeitraum 2022.

Punkt 6: Verwendung des Jahresüberschusses 2020 der Sparkasse Westmünsterland
Vorlage: 0261/2021/KREIS

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker
Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag stimmt der geplanten Verwendung der Ausschüttung aus dem Jahresüberschuss 2020 der Sparkasse Westmünsterland entsprechend § 25 Abs. 3 Sparkassengesetz NRW und § 12 Abs. 1 Satz 2 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Westmünsterland zu.

**Punkt 7: Feststellung des Jahresabschlusses des Kreises Borken für das Haushaltsjahr 2020, Entlastung des Landrates für den Jahresabschluss 2020, Behandlung des Jahresüberschusses und Abrechnung der Jugendamtsumlage (Vorlage wurde nachgereicht am 24.09.2021)
Vorlage: 0302/2021/KREIS**

Berichterstatter: RPA-Vorsitzender Jens Steiner
Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Landrat Dr. Zwicker übergibt die Sitzungsleitung an die stellvertretende Landrätin Sommers. Er nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Kreistagsabgeordneter und Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses Steiner erklärt, aus Sicht des Rechnungsprüfungsausschusses gebe es keine Bedenken hinsichtlich des Beschlussvorschlages.

Nach der Abstimmung übernimmt Landrat Dr. Zwicker wieder die Sitzungsleitung.

Beschluss: einstimmig

1. Der Jahresabschluss des Kreises Borken zum 31.12.2020 wird mit einer Bilanzsumme von 524.671.060,04 € und einem Jahresüberschuss von 2.359.233,20 € festgestellt.
2. Dem Landrat wird für den Jahresabschluss 2020 gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung erteilt.
3. Der Jahresüberschuss für das Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 2.359.233,20 € wird der Ausgleichsrücklage zugeführt (§ 96 Abs. 1 GO NRW).
4. Für das Haushaltsjahr 2020 wird eine Abrechnung der Jugendamtsumlage gem. § 56 Abs. 5 S. 2 KrO NRW vorgenommen. Gegenüber den 13 kreisangehörigen Städten und Gemeinden ohne eigenes Jugendamt besteht eine Forderung aus der Erhebung der Jugendamtsumlage in Höhe von 1.007.508,79 €. Die Abrechnungsbescheide sind an die betroffenen Städte und Gemeinden umgehend nach Feststellung des Jahresabschlusses 2020 zu erlassen. Die Abrechnungsbeträge sind zum 01.01.2022 fällig.

**Punkt 8: Luftfilteranlagen in kreiseigenen Schulen;
Antrag der SPD-Fraktion v. 15.07.2021
Vorlage: 0257/2021/KREIS**

Berichterstatteerin: Kreistagsabgeordnete Gerti Tanjsek

Kreistagsabgeordneter Höschler wirbt für den Antrag der SPD-Fraktion. Der Kreis sei als Schulträger verpflichtet, den Schülerinnen und Schülern einen bestmöglichen Schutz gegen das Coronavirus in den Schulen zu bieten. Insbesondere in den Förderschulen könnte vielen Schülerinnen und Schülern aufgrund des Alters kein Impfangebot unterbreitet werden. Er verweise auf die Städte Gronau und Stadtlohn als Positivbeispiele hinsichtlich der Nutzung von Luftfilteranlagen in den städtischen Schulen.

Die Kreistagsabgeordneten Brun und Schulte beziehen sich auf die Diskussionen im Ausschuss für Bildung und Schule und Kreisausschuss. Der Kreis veranlasse bereits alle notwendigen Maßnahmen, sodass eine Anschaffung von weiteren Luftfilteranlagen nicht erforderlich sei.

Kreistagsabgeordnete Lindenhahn betont, das Ziel müsse sein, den Schülerinnen und Schülern so viel Schutz wie möglich zu bieten. Mit Blick auf den Winter sei der Einsatz von Luftfilteranlagen statt des Lüftens bei laufender Heizung zudem klimafreundlicher.

Kreistagsabgeordneter Steiner entgegnet, der Einsatz von Luftfilteranlagen ersetze nicht das Lüften. Der Kreis habe bereits alles Nötige veranlasst. Daher werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag ablehnen.

Kreistagsabgeordneter A. Ludwig beantragt das Ende der Debatte.

abgelehnt

2 Ja-Stimmen

56 Nein-Stimmen

Kreistagsabgeordneter von Borczyskowski erklärt, die Fraktion UWG/Stadtpartei werde dem Antrag folgen. Sie unterstütze jede Maßnahme, eine erneute Schließung der Schulen zu vermeiden und sehe hierin auch eine klare Positionierung des Kreistags.

Kreistagsabgeordneter Schneider stellt klar, auf das Lüften könne nicht verzichtet werden. Der Einsatz von Luftfilteranlagen erwecke lediglich den Anschein einer zusätzlichen Sicherheit. Zudem seien Luftfilteranlagen in den Berufskollegs nicht nötig, da diese Schülerinnen und Schüler sich impfen lassen könnten. Die Notwendigkeit der Anschaffung von weiteren Luftfilteranlagen für die kreiseigenen Förderschulen bestehe ebenfalls nicht.

Kreistagsabgeordneter Höschler entgegnet abschließend, er sehe nach wie vor die Notwendigkeit, die kreiseigenen Schulen – sowohl die Förderschulen als auch die Berufskollegs – mit zusätzlichen Luftfilteranlagen auszustatten.

Beschluss: abgelehnt

14 Ja-Stimmen

44 Nein-Stimmen

Der Kreis Borken stattet die kreiseigenen Schulen mit Luftfilteranlagen aus.

**Punkt 9: Sicherer Hafen Kreis Borken;
Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen v. 02.09.2021
Vorlage: 0311/2021/KREIS**

Berichterstatter/in: Kreistagsabgeordneter Jens Steiner
Kreistagsabgeordnete Daniela Kersting
Kreistagsabgeordneter Daniel Leuders

Kreistagsabgeordneter Steiner erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und wirbt dafür, diesem zu folgen. Der Kreis Borken würde hiermit ein wichtiges Zeichen setzen.

Kreistagsabgeordneter Schulte erklärt den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und FDP. Der Kreis Borken werde immer Menschen in Not helfen. Dies sei selbstverständlich. Aufgrund dessen lehne die CDU-Fraktion den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Kreistagsabgeordneter Schneider bezweifelt die Zuständigkeit des Kreises hinsichtlich wesentlicher Punkte des GRÜNEN-Antrags. Er vermisse zudem eine Differenzierung zwischen Flucht, Asyl und Einwanderung. Die rechtsstaatlichen Verfahren hätten sich bewährt. Die Initiative „Seebrücke“ hingegen handele nicht ausnahmslos rechtskonform. Die FDP-Fraktion lehne den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Kreistagsabgeordnete Lindenhahn stellt klar, der Antrag der Fraktionen CDU und FDP beinhalte lediglich Appelle. Die SPD-Fraktion unterstütze den GRÜNEN-Antrag mit folgenden Änderungen:

Punkt 2 Satz 1 neu: *Der Kreis Borken bittet die Kommunen sich dazu bereit zu erklären, zusätzlich zu den bisherigen Zusagen des Bundes, Menschen aufzunehmen und dann dieses den zuständigen Behörden auf Bundes- und Landesebene mitzuteilen.*

Der Text von Punkt 3 ergänzt Punkt 2, sodass Punkt 4 dann neuer Punkt 3 wird

Kreistagsabgeordneter Steiner erklärt, seine Fraktion sei mit den vorgeschlagenen Änderungen des Antrags einverstanden. Es handele sich fortan um einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Er bezweifle die sachliche Richtigkeit der Aussagen des Kreistagsabgeordneten Schneider zur Initiative „Seebrücke“.

Kreistagsabgeordneter von Borczykowski führt aus, bei dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD gehe es insbesondere um ein positives Signal an die bedürftigen Menschen. Dies bedeute nicht, dass das Engagement der Menschen im Kreis Borken nicht anerkannt werde.

Für den Kreistagsabgeordneten G. Ludwig stelle der Antrag der Fraktionen CDU und FDP größtenteils den IST-Zustand fest. Gemeinsam mit den Kreistagsabgeordneten Kersting und Leuders plädiert er für die Unterstützung des gemeinsamen Antrags der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD zur Aussendung eines humanitären Zeichens. Der Antrag der Fraktionen CDU und FDP hingegen sei als „schallende Ohrfeige“ für Engagierte in der Flüchtlingshilfe zu werten.

Kreistagsabgeordneter Brandt merkt an, Deutschland sei als Waffenproduzent mitverantwortlich für Kriege und müsse deswegen auch für deren Folgen aufkommen.

Kreistagsabgeordneter A. Ludwig äußert Freude, die Fraktionen CDU und FDP würden mit ihrem Antrag Ansichten der AfD unterstützen.

Kreistagsabgeordneter Wellers weist das „Lob“ seines Vorredners zurück. Er stellt fest, die zuständigen Stellen hätten in der Vergangenheit Fehler gemacht, ansonsten fände diese Diskussion nicht statt. Der Kreis Borken sei sehr engagiert - der Antrag seiner Fraktion und der CDU-Fraktion hebe dies nochmals hervor.

Auch Kreistagsabgeordneter Jasper weist die Äußerung von Kreistagsabgeordnetem A. Ludwig deutlich zurück. Zudem betont er, der Kreis sei immer Teil der gesamten Hilfskette. Die CDU-Fraktion lehne die Initiative „Seebrücke“ aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

Kreistagsabgeordneter Nordholt schlägt vor, aus beiden Anträgen einen gemeinsamen Antrag zu formulieren.

Kreistagsabgeordneter von Borczykowski beantragt Sitzungsunterbrechung. Auf Nachfrage von Landrat Dr. Zwicker besteht Einstimmigkeit, die Sitzung um 18:25 Uhr zu unterbrechen.

Um 18:42 Uhr eröffnet Landrat Dr. Zwicker die Sitzung wieder.

Kreistagsabgeordneter Steiner schlägt vor, die vorgeschlagenen Änderungen der SPD-Fraktion in den GRÜNEN-Antrag aufzunehmen sowie den letzten Satz von Punkt 1 des Antrags seiner Fraktion zu streichen.

Kreistagsabgeordneter Schulte erklärt für seine Fraktion, diese halte am Ursprungsantrag der Fraktionen CDU und FDP fest.

Sodann lässt Landrat Dr. Zwicker zunächst über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD abstimmen.

Beschluss: abgelehnt
21 Ja-Stimmen
36 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Hiernach lässt er über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und FDP abstimmen.

Beschluss: beschlossen
36 Ja-Stimmen
21 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Der Kreistag des Kreises Borken stellt fest,

- dass das Asylrecht gem. Art. 16a des Grundgesetzes ein hohes Gut ist. Es dient in seinem Kern dem Schutz der Menschenwürde, schützt aber auch das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die Freiheit und andere grundlegende Menschenrechte. Das ist Ausdruck für den Willen Deutschlands, seine historische und humanitäre Verpflichtung zur Aufnahme von Flüchtlingen zu erfüllen.
- dass viele tausend Menschen in den letzten Jahren in den Kommunen des Kreises aufgenommen wurden und durch die vielen ehrenamtlichen Initiativen vor Ort unterstützt wurden und werden. Allen, die sich ehrenamtlich einbringen, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gesamten kommunalen Familie dankt der Kreistag des Kreises Borken ausdrücklich.
- dass im Kreis Borken eine Vielzahl an unterschiedlichen Maßnahmen ergriffen wurde, um die Integration geflüchteter Menschen in die Gesellschaft zu ermöglichen und zu erleichtern. Die Zuständigkeit für die Aufnahme und Unterbringung geflüchteter Menschen liegt bei den kreisangehörigen Kommunen.
- dass das Kommunale Integrationszentrum eine herausgehobene Bedeutung bei der Integration geflüchteter Menschen in die Gesellschaft besitzt und dieser Rolle in besonderer Weise gerecht wird.
- dass ausreisepflichtige Personen Angebote zu einer freiwilligen Rückkehr in ihre Heimatländer erhalten.
- dass ausreisepflichtige Personen, die eine freiwillige Rückkehr ablehnen, unter Wahrung ihrer Rechte durch die Ausländerbehörden in ihre Heimatländer zurückgeführt werden können.
- dass er sich nicht mit den Forderungen des Vereins Seebrücke e.V., der die rechtlichen Grundlagen der europäischen, deutschen, nordrhein-westfälischen sowie kommunalen Asylpolitik auszuhöhlen und umzukehren versucht, solidarisch erklärt.

**Punkt 9.1: Sicherer Hafen Kreis Borken;
Gemeinsamer Antrag der CDU- und FDP-Fraktion v. 04.10.2021
Vorlage: 0338/2021/KREIS**

Berichterstatter: Kreistagsabgeordneter Markus Schulte
Kreistagsabgeordneter Kevin Schneider

s. Niederschrift zu Punkt 9

**Punkt 10: Ausbildung Rettungsdienst - Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Bocholt
Vorlage: 0039/2021/KREIS/1**

Berichterstatlerin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, eine Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Interkommunale Zusammenarbeit zur Kooperation in der Aus- und Fortbildung im Rettungsdienst mit der Stadt Bocholt zu schließen.

**Punkt 11: Durchführung des Transparenzverfahrens nach Art. 85 VO (EU) 2017/625 für den Entwurf der Satzung des Kreises Borken über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleisch- und Fischhygiene
Vorlage: 0288/2021/KREIS**

Berichterstatlerin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Beschluss: beschlossen
57 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
0 Enthaltungen

Der als Anlage 1 beigefügte Entwurf der Satzung des Kreises Borken über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene vom 16.08.2021 wird entsprechend Artikel 85 der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates den Interessenvertretern für eine Konsultation bekannt gegeben. Die Verwaltung wird beauftragt, das Konsultationsverfahren wie vorgeschlagen durchzuführen.

**Punkt 12: Neuaufstellung des Landschaftsplanes "Zwillbrocker Sandebene – Berkelniederung"
Vorlage: 0281/2021/KREIS**

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Landrat Dr. Zwicker weist auf die Anzeigepflichtung bei bestehender Befangenheit hin. Die Kreistagsabgeordneten Wissing und Leuders erklären sich für befangen. Sie verlassen den Sitzungsraum und nehmen weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Beschluss: einstimmig

- a) Die Neuaufstellung des Landschaftsplanes "Zwillbrocker Sandebene – Berkelniederung" wird beschlossen.
- b) Der Landschaftsplan "Zwillbrocker Sandebene – Berkelniederung" umfasst folgende Grundstücke (siehe Kartendarstellung, Anlage):

Gemarkung	Fluren
Vreden	20, 24, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 40, 42, 43, 44, 45, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 61, 82, 83, 84, 85, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 103, 104, 105, 106, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156
Kirchspiel-Stadtlohn	301, 302, 303, 304, 314, 315, 316, 317, 401, 402, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510
Stadtlohn	50, 51, 52

- c) Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

**Punkt 13: Schäden in der Landwirtschaft durch Saatkrähen;
Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen v. 13.08.2021
Vorlage: 0274/2021/KREIS**

Berichtersteller/in: Kreistagsabgeordnete Vera Timotijević
Kreistagsabgeordneter Jens Steiner

Landrat Dr. Zwicker lässt über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Beschluss: abgelehnt
12 Ja-Stimmen
46 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

- Der Kreis richtet eine Anlaufstelle für Landwirt*innen ein, um die im Kreisgebiet durch Saatkrähen entstehenden Schäden zu erfassen und beziffern.
- Der Kreis Borken legt einen Fonds auf, aus dem diejenigen Landwirt*innen entschädigt werden, die durch die Saatkrähen finanzielle Einbußen zu beklagen haben. Der Nachweis über die Schäden wird in einem möglichst unkomplizierten Antragsmodus geregelt. Der Fonds wird noch in diesem Jahr eingerichtet.

Stattdessen wird - wie im Kreisausschuss am 30.09.2021 vereinbart - Folgendes umgesetzt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, ein Schreiben zu entwerfen, mit dem die Landesregierung Nordrhein-Westfalens aufgefordert wird,

- *sich intensiv für eine Überprüfung und Reduzierung des Schutzstatus der Saatkrähe sowie der Dohle einzusetzen, um die Vergrämung und Bejagung dieser Vogelarten in Deutschland zu ermöglichen*

sowie

- von der Möglichkeit aus § 68 Abs. 4 Bundesnaturschutzgesetz Gebrauch zu machen, Ausgleichsregelungen für Situationen zu schaffen, bei denen durch Regelungen des Naturschutzes die Nutzung von Grundstücken wesentlich erschwert wird, ohne dass dabei die Grenze der Unzumutbarkeit überschritten wird.

Das Schreiben ist vom Landrat zu unterzeichnen und kurzfristig an die Landesregierung zur übersenden.“

**Punkt 14: Kampagne Abstand halten im Kreis Borken;
 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen v. 02.09.2021
 Vorlage: 0312/2021/KREIS**

Berichtersteller/in: Kreistagsabgeordnete Vera Timotijević
 Kreistagsabgeordneter Robert Brandt

Beschluss: einstimmig

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, möglichst in Zusammenarbeit mit der Kreispolizei und der Kreisverkehrswacht, eine Öffentlichkeitskampagne für mehr Sicherheit für Radfahrende zu veranlassen. Im Rahmen einer Themenkampagne soll in Print & Social Media für mehr Fairness im Straßenverkehr, hier insbesondere für die Einhaltung notwendiger und auch vorgeschriebener Mindestabstände beim Überholen von Radfahrenden und Fußgängern geworben werden.

**Punkt 15: Einleitung des wettbewerblichen Verfahrens für das Linienbündel BOR 8
 Vorlage: 0306/2021/KREIS**

Berichterstatlerin: Verwaltungsvorstandmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Beschluss: einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt für die Linie 853 (Bündel 8) das wettbewerbliche Verfahren nach den in der Sachdarstellung beschriebenen Vorgaben einzuleiten.

**Punkt 16: Förderprojekt 5G-Telerettung
 Vorlage: 0315/2021/KREIS**

Berichtersteller: Michael Weitzell

Beschluss: einstimmig

Einer Umsetzung des Projekts 5G-Telerettung im Rahmen des BMVI Innovationswettbewerbs wird vorbehaltlich der Projektförderung zugestimmt.

**Punkt 17: Bewerbung als Modellkommune für den digitalen und hybriden Sitzungsbetrieb;
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und UWG/Stadtpartei v. 02.07.2021
Vorlage: 0252/2021/KREIS**

Berichterstatter: Kreistagsabgeordneter Jens Steiner
Kreistagsabgeordneter Jörg von Borczyskowski

Landrat Dr. Zwicker teilt mit, der Kreis Borken sei nicht als Modellkommune für den digitalen und hybriden Sitzungsbetrieb ausgewählt worden. Insofern habe sich der Antrag erledigt. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Beschluss: Antrag erledigt

**Punkt 18: Satzung für das Jugendamt des Kreises Borken
Vorlage: 0272/2021/KREIS**

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Beschluss: einstimmig geändert beschlossen

Der Kreistag beschließt, die vorliegende Satzung für das Jugendamt des Kreises Borken in der Fassung der Vorberatung des Jugendhilfeausschusses. Der gemeinsame Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und UWG/Stadtpartei ist in den gemeinsamen Beschlussvorschlag aufgegangen.

**Punkt 18.1: Satzung für das Jugendamt des Kreises Borken;
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und UWG/Stadtpartei v. 11.06.2021
Vorlage: 0244/2021/KREIS**

Berichterstatter: Kreistagsabgeordneter Jens Steiner
Kreistagsabgeordneter Jörg von Borczyskowski

Beschluss: Antrag zurückgenommen

Der Kreistag möge beschließen:

§ 4 Abs. 3 der Satzung für das Jugendamt des Kreises Borken wird wie folgt neu gefasst:

(3) Als beratende Mitglieder gehören dem Jugendhilfeausschuss an:

- a) die Hauptverwaltungsbeamtin/der Hauptverwaltungsbeamte oder ein/e von Ihr/ihm bestellte/r Vertreter/in;
- b) die Leiterin/der Leiter des Kreisjugendamtes oder deren Vertretung;
- c) eine Richterin/ein Richter des Vormundschaftsgerichtes oder des Familiengerichtes oder eine Jugendrichterin/ein Jugendrichter, die/der von der Präsidentin/dem Präsidenten des Landgerichtes in Münster bestellt wird;
- d) eine Vertreterin/ein Vertreter der Arbeitsverwaltung, die/der von der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit in Coesfeld bestellt wird;
- e) eine Vertreterin/ein Vertreter der Schulen, die/der von der Oberen Schulaufsichtsbehörde (Bezirksregierung Münster) bestellt wird;

- f) eine Vertreterin/ein Vertreter der Polizei, die/der vom Landrat des Kreises Borken als Kreispolizeibehörde bestellt wird;
- g) eine Vertretung der katholischen Kirche und der evangelischen Kirche sowie der jüdischen und muslimischen Kultusgemeinden, falls Gemeinden dieses Bekenntnisses im Bezirk des Kreisjugendamtes bestehen; sie werden von der zuständigen Stelle der Religionsgemeinschaften bestellt;
- h) eine/r in der Jugendhilfe erfahrene/r oder tätige/r ausländische/r Einwohnerin/Einwohner, die/der auf Vorschlag der Integrationsagenturen vom Kreistag bestellt wird;***
- i) eine Vertreterin/ein Vertreter aus dem Jugendamtselternbeirat

Für die Mitglieder c) bis i) ist je ein/e persönliche/r Vertreter/in zu bestellen oder zu wählen.

Punkt 19: Beteiligungsbericht 2020
Vorlage: 0320/2021/KREIS

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Beschluss: einstimmig

Dem Beteiligungsbericht 2020 wird zugestimmt.

Punkt 20: 1. Controllingbericht zum 30.06.2021
Vorlage: 0289/2021/KREIS

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Der Kreistag nimmt den 1. Controllingbericht zum 30.06.2021 zur Kenntnis.

Punkt 21: Künftige Zuführungen zum kvw-Versorgungsfonds
Vorlage: 0317/2021/KREIS

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Beschluss: einstimmig

Die in den Haushaltsjahren 2022 bis 2024 festzulegenden Beträge zur Finanzierung der Pensionslasten werden zunächst dem von den Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe zum 01.10.2020 aufgelegten kvw-Versorgungsfonds Chance zugeführt. Nach Auswertung der jeweiligen Wertentwicklungen soll über die künftige Aufteilung der Zuführungshöhen in den kvw-Versorgungsfonds Klassik und Chance entschieden.

**Punkt 22: Zukünftige Investments am Kriterium der Nachhaltigkeit ausrichten;
Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen v. 02.09.2021
Vorlage: 0310/2021/KREIS**

Berichterstatter/in: Kreistagsabgeordneter Jens Steiner
Kreistagsabgeordnete Vera Timotijević

Landrat Dr. Zwicker erklärt, aktuell erarbeite die LWL-Verwaltung für die dortige Politik einen Vorschlag für eine Anlagerichtlinie, in der die Nachhaltigkeitskriterien für Investments berücksichtigt werden sollten. Er schlägt vor, die Beratungsergebnisse des LWL abzuwarten, um dann auf Grundlage dessen über das Anlagevermögen des Kreises Borken mit Blick auf die Nachhaltigkeit zu diskutieren.

Die antragsstellende Fraktion begrüßt diesen Vorschlag und spricht sich daraufhin für eine Vertagung des Antrags aus. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Beschluss: zurückgestellt/vertagt

Punkt 23: Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien

**Punkt 23.1: Umbesetzung von Ausschüssen;
Antrag der FDP-Fraktion v. 24.09.2021
Vorlage: 0333/2021/KREIS**

Berichterstatter: Kreistagsabgeordneter Kevin Schneider

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag beschließt folgende Umbesetzungen:

Ausschuss für Verkehr und Bauen

bisher 3. stellvertretendes Mitglied: Niklas Wolter

neues 3. stellvertretendes Mitglied: Tobias Neumann – anstelle von Niklas Wolter

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration

bisher 2. stellvertretendes Mitglied: Dr. André Gille

neues 2. stellvertretendes Mitglied: Bernadette Ebbers – anstelle von Dr. André Gille

Kommunale Gesundheitskonferenz

bisher 1. stellvertretendes Mitglied: Dr. André Gille

neues 1. stellvertretendes Mitglied: Bernadette Ebbers – anstelle von Dr. André Gille

Rechnungsprüfungsausschuss

bisher 2. stellvertretendes Mitglied: Jörg Schlechter

neues 2. stellvertretendes Mitglied: Marco Schultewolter – anstelle von Jörg Schlechter

**Punkt 23.2: Antrag auf Umbesetzung;
Antrag der CDU-Fraktion v. 29.09.2021
Vorlage: 0336/2021/KREIS**

Berichtersteller: Kreistagsabgeordneter Markus Jasper

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag beschließt folgende Umbesetzung:

Interfraktionelle Arbeitsgruppe Klimaschutz und Klimafolgenanpassung

Bislang ordentliches Mitglied: KTA Michael Hösing; dafür neu als ordentliches Mitglied: KTA Frank Hadder

Bislang stellv. Mitglied: KTA Frank Hadder; dafür neu als stellv. Mitglied: KTA Michael Hösing

**Punkt 23.3: Antrag auf Umbesetzung;
Antrag der SPD-Fraktion v. 05.10.2021
Vorlage: 0341/2021/KREIS**

Berichterstatte(r)in: Kreistagsabgeordnete Elisabeth Lindenhahn

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag beschließt folgende Umbesetzung:

1.)

Kreisausschuss

Statt des bisherigen stv. Mitgliedes KTA Nadine Heselhaus
neu KTA Barbara Seidensticker-Beining

Ausschuss für Bildung und Schule

Statt des bisherigen Mitgliedes KTA Nadine Heselhaus
neu KTA Dominique Niemeyer

Ausschuss für Sicherheit und Ordnung

Statt des bisherigen Mitgliedes KTA Nadine Heselhaus
neu KTA Dominique Niemeyer

Rechnungsprüfungsausschuss

Statt des bisherigen Mitgliedes KTA Nadine Heselhaus
neu SB Marc Kordel

Ausschuss für Verkehr und Bauen

Statt des bisherigen stv. Mitgliedes KTA Nadine Heselhaus
neu SB Marc Kordel

2.)

Arbeitskreis für die Gleichstellung von Frau und Mann

Statt des bisherigen Mitgliedes KTA Nadine Heselhaus
neu KTA Dominique Niemeyer

Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH - Gesellschafterversammlung

Statt des bisherigen stv. Mitgliedes KTA Nadine Heselhaus
neu KTA Gerti Tanjsek

Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH - Gesellschafterversammlung

Statt des bisherigen Mitgliedes KTA Nadine Heselhaus
neu KTA Gerti Tanjsek

Statt des bisherigen stv. Mitgliedes KTA Gerti Tanjsek
neu KTA Dominique Niemeyer

Sparkasse Westmünsterland - Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Westmünsterland

Statt des bisherigen Mitgliedes KTA Nadine Heselhaus
neu KTA Daniel Höschler

Statt des bisherigen stv. Mitgliedes KTA Daniel Höschler
neu KTA Dominique Niemeyer

**Punkt 23.4: Antrag auf Umbesetzung;
Antrag der CDU-Fraktion v. 07.10.2021
Vorlage: 0342/2021/KREIS**

Berichterstatter: Kreistagsabgeordneter Markus Jasper

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag beschließt folgende Umbesetzung:

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration

Bislang stv. Mitglied: SB Berta Hendriks; dafür neu als stv Mitglied: SB Bernhard Witte

Punkt 24: Informationen zur geplanten Neustrukturierung der stationären Versorgung im Klinikum Westmünsterland

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker

Landrat Dr. Zwicker erklärt, das Klinikum Westmünsterland beabsichtige eine Neustrukturierung der stationären Versorgung. Für nähere Informationen verweise er auf das Schreiben des Klinikums Westmünsterland, das die Kreistagsabgeordneten zu Beginn der Sitzung erhalten hätten. Bezüglich des weiteren Verfahrens schlage er vor, das Klinikum Westmünsterland stelle die Pläne zur Restrukturierung der stationären Versorgung in der nächsten Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2021 vor. Hierzu würden dann alle Kreistagsabgeordneten eingeladen. Es bestehe dann zudem ein Rederecht für die Kreistagsabgeordneten, die nicht auch Kreisausschussmitglieder seien.

Kreistagsabgeordneter von Borczyskowski begrüßt die vom Landrat vorgeschlagene Vorgehensweise. Es sei wichtig, dass sich der Kreistag mit der zukünftigen Versorgung der „Kreismitte“ beschäftige.

Kreistagsabgeordneter Steiner spricht sich ebenfalls für das Verfahren aus. Der Kreistag solle sich in der Sache zumindest positionieren. Auf Nachfrage, ob der Notarztstandort Stadtlohn auch von der beabsichtigten Neustrukturierung betroffen sei, verneint Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Schwenzow dies.

Punkt 25: Mitteilungen der Verwaltung

Keine

Punkt 26: Anfragen

**Punkt 26.1: Anfrage zur Ausschreibung für den Baumwollexpress;
Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen v. 27.09.2021
Vorlage: 0334/2021/KREIS**

Berichterstatter: Kreistagsabgeordneter Jens Steiner

Landrat Dr. Zwicker verweist auf die Antwort der Verwaltung (s. Punkt 25.1.1).

**Punkt 26.1.1: Antwort der Verwaltung auf die Anfrage zur Ausschreibung für den
Baumwollexpress; Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
27.09.2021
Vorlage: 0340/2021/KREIS**

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Landrat Dr. Zwicker schließt die Sitzung.

gez.

Landrat Dr. Kai Zwicker

gez.

Kerstin Benning